



bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch.



Steuergesetzrevision

Politik mit Mass

In der Januarsession hat sich der Grosse Rat ein erstes Mal mit einer Steuergesetzrevision befasst, welche grosse Auswirkungen auf die kantonalen Finanzen hat. Die Grünen sind bereit, eine Steuersenkung zugunsten des Mittelstandes mitzutragen; sie fordern jedoch eine Politik mit Augenmass.

In finanzpolitischer Hinsicht waren die Jahre zwischen 1991 und 2004 für den Kanton Bern ein langes Jahrzehnt der Tränen. Mit neun Sparpaketen und 700 einzelnen Sparmassnahmen musste er aus dem Morast der Defizit- und Schuldenwirtschaft gezogen werden. Neben dem Debakel der Kantonalbank hatten vor allem unverantwortliche Steuersenkungen Ende der 1980er Jahre den Weg in die Defizitwirtschaft bereitet. Heute geht es den Kantonsfinanzen wieder deutlich besser. Die Verschuldung wurde von über 11 Mia. Franken (1997) auf 7,5 Mia. Franken reduziert. Damit ist der Kanton Bern von der Gruppe der finanzschwachen wieder zu den mittelstarken Kantonen aufgestiegen. Nun gilt es, das Erreichte zu konsolidieren und nicht in alte Fehler zurückzufallen.

Steuergesetzrevision bedroht Schuldenabbau

Eine Gefahr für die sanierten Kantonsfinanzen stellt die geplante Steuergesetzrevision dar. Mit den Beschlüssen der vorberatenden Grossratskommission drohen ab 2008 neue Defizite von über 30 Mio. Franken. Zu einer Politik der Masslosigkeit sagen die Grünen nein, weil der Kanton damit seinen neugewonnenen finanziellen Handlungsspielraum wieder verspielen würde. Unbestritten an der Steuergesetzrevision ist der gesetzlich vorgeschriebene Ausgleich der kalten Progression.

Ja zu einer Entlastung für den Mittelstand

Zudem sollen die Steuern im Bereich des Mittelstandes – und damit in jenem Einkommensbereich, in welchem der Kanton Bern gegenüber anderen Kantonen eine gewisse Mehrbelastung kennt – mit Mitteln aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) spürbar gesenkt werden. Die Grünen sind bereit, eine solche Revision mitzutragen, falls sie auf diesen Einkommensbereich und den finanzierten Rahmen beschränkt bleibt.

Nein zu Steuergeschenken für die Reichen

Nein sagen die Grünen hingegen zu einer Senkung der Spitzensteuersätze bzw. des Einkommenssteuertarifs für die Reichsten. Es wäre falsch und finanzpolitisch nicht zu verantworten, wenn damit der ruinöse – für den Kanton Bern gar nicht zu gewinnende – Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen angeheizt würde. Mit gezielten Anträgen wollen die Grünen die Steuergesetzrevision im Grossen Rat auf das verantwortbare Mass zurückzimmern. Leider hat sich die bürgerliche Ratsmehrheit in der ersten Lesung des Steuergesetzes ein weiteres Mal kompromissunfähig gezeigt. Nun kommt es auf die zweite Lesung an.

Christine Häsler und Blaise Kropf

Energie et politique



Bonnes nouvelles: forte production éolienne en 2007 sur les crêtes du Jura bernois; sept sites supplémentaires à l'étude; le gouvernement

bernois aimerait abandonner le nucléaire et évoque 2012. Mauvaise nouvelle: il faut pallier d'abord à la perte de production, recourir au gaz naturel et à des systèmes de couplage chaleur-force. La logique: produire, toujours plus (?) et parfois mieux («vert» dans l'idéal). Economiser et réduire? Trop rarement. Cela nécessiterait limitations de liberté et investissements: par exemple, aucun véhicule ou appareil commercialisé s'il consomme nettement plus que le plus économe existant; aucun bâtiment construit sans panneaux solaires thermiques (on a bien imposé les abris ...); assainir les bâtiments, aucun édifice public ne devrait gaspiller l'énergie par centaines de milliers de francs par année. Il n'en existe pas? Vous plaisantez!

Aldo Dalla Piazza, candidat au conseil national

Inhalt



Seite 2
**Nationalratswahlen:
Die Liste steht**



Seite 5
**Die jungen grünen
bern sind da**



Seite 7
**Grüner Klimagipfel
geplant**



Seite 8
Ja zur Einheitskasse

Bewährungsprobe



Die Grünen waren 2006 Sieger der Kantons- wahlen. Seither haben sich gb und GFL erfolgreich zusammenge- schlossen. Die nationa- len Wahlen werden nun

zur Bewährungsprobe für die Grünen Kanton Bern. Der Wahlauftakt ist gelungen. Mit 26 Kandidaturen aus allen Kantonsteilen verfü- gen wir über eine starke Liste. Die jungen Grünen, die zusammen mit der JA! in die Wahlen steigen, bringen zusätzliche Dynamik ins Spiel. Und die Ständeratskandidatur von Franziska Teuscher verursacht bereits heute bei SVP und FdP Kopfzerbrechen. Doch Wahl- sieger 2007 sind wir noch lange nicht. Vor den Wahlen hängen sich viele in grünes und sozia- les Mäntelchen um, schimpfen über Abzocker. Damit aber auch noch nach den Wahlen über Klimapolitik (statt über den Bau von neuen AKWs) geredet und Sozialabbau verhindert wird, ist der volle Einsatz von uns allen nötig. *Kathy Hänni, Grossrätin*

KantonalSpots

■ **Verwaltungsgericht**

Der Grosse Rat hat in der Herbstsession die Grüne Ruth Herzog zur Präsidentin des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern gewählt. Sie ist die erste Frau in dieser Position. Wir gratulieren!

■ **«Rot-grüner Öko-Coup»**

So titelte am nächsten Tag «Der Bund». Mit 76 zu 64 Stimmen hat Grosse Rat das Postulat von Bernhard Pulver zur ökolo- gischen Steuerreform gutgeheissen: Einnahmen von marktwirtschaftlichen Umweltabgaben sollen zur gezielten Senkung der direkten Steuern eingesetzt werden.

■ **Öko-Fahrzeugsteuer**

Die Motorfahrzeugsteuer soll für Fahr- zeuge mit geringem Treibstoffverbrauch und wenig Schadstoffausstoss gesenkt werden. Die Regierung wird eine Exper- tengruppe einsetzen.

■ **Raumplanungsbericht**

Eine zentrale Forderung für eine haus- hälterische Bodennutzung ist die klare Trennung von Siedlungs- und Nichtsied- lungsgebieten. Künftig sollen Wohn- und Arbeitszonen in Gemeinden mit gutem ÖV-Anschluss gefördert werden.

Ein Quartett von Spitzenkandidatinnen

Die Grüne National- ratsliste steht

Die über hundert Delegierten haben die Weichen für die Nationalratswahlen gestellt. Als Spitzen- kandidatinnen schicken sie die beiden bisherigen Nationalrätinnen Franziska Teuscher und Therese Frösch sowie Christine Häslar und Kathy Hänni in den Wahlkampf.

Die Delegiertenversammlung vom 23. Januar 2007 stand ganz im Zeichen der Nationalratsnominat- ionen. Nun stehen sie fest, die 26 grünen Kandidat- innen und Kandidaten, die im kommenden Herbst zu den Nationalratswahlen antreten werden. Die Liste wird durch die beiden bisherigen National- rätinnen Franziska Teuscher und Therese Frösch angeführt. Allgemein wird erwartet, dass die VCS- Präsidentin und die Fraktionspräsidentin der Grünen die Wiederwahl problemlos schaffen wer- den. Franziska Teuscher kandidiert zudem zusam- men mit Simonetta Sommaruga mit intakten Chancen für den Ständerat.

In einem spannenden Wahlverfahren wurden die Listenplätze drei und vier für die zwei weiteren Spitzenkandidierenden auserkoren. Bereits im ersten Wahlgang entschieden sich die Delegierten für Christine Häslar. Die Oberländerin aus Wilders- wil ist seit 2002 im Grossen Rat und präsidiert seit Frühjahr 2006 die Grüne Fraktion. Beruflich ist sie Bereichsleiterin Sozialpolitik bei Procap und setzt sich zudem bei ProAlps für sanften Tourismus ein. Im zweiten Wahlgang setzte sich Kathy Hänni durch. Die Biobäuerin und Lehrerin aus Kirchlin- dach politisiert seit 2003 im Grossen Rat. Sie ist Vorstandsmitglied beim VCS und beim Verband kleinerer und mittlerer Bauern, der mit dem

Gentech-Moratorium im letzten Jahr einen Gross- erfolg feiern konnte.

junge grüne bern mit eigener Liste

Zum ersten Mal in der Geschichte der Grünen im Kanton wird es eine junge grüne Liste geben. Die Delegierten haben eine finanzielle Unterstützung des grünen Politnachwuchses einstimmig be- schlossen. Die jungen grünen bern planen ihre Parteigründung am 3. März 2007 (siehe auch S. 5).

Ein Sitzgewinn als Minimalziel

Das Wahlziel der Grünen lautet mindestens drei, im besten Fall vier Sitze im Nationalrat und ein Ständeratssitz. In Anbetracht der letzten Wahlre- sultate, der starken Liste mit 16 Frauen und 10 Männern und der Unterstützung durch die jungen grünen, ist dieses Ziel sicher realistisch. Und das sind die weiteren 22 grünen Köpfe, die sich zur Wahl stellen:

Stadt Bern: Natalie Imboden, Blaise Kropf, Corinne Schärer (alle gb); Gabriela Bader, Alec von Graffenried, Erik Mozsa, Barbara Mühlheim, Nadja Omar (alle GFL), **Bern Mittelland:** Rita Haudenschild, Maria Iannino, **Oberaargau:** Christoph Grimm, Johanna M. Wälti-Schlegel, **Biel-Seeland:** François Contini, Dorothea Loosli, Barbara Schwickert, Félicienne Villos-Muamba, **Emmental:** Antonio Bauen, Michel Seiler, **Thun:** Elisabeth Bregulla, Thomas Heuberger, Thomas Hiltpold, **Jura Bernois:** Aldo Dalla Piazza.

Sabine Zaugg, Geschäftsleiterin



Parolenfassung ohne grosse Begeisterung

Ja für Police Bern

Im Frühling 2007 stimmt das Volk über Police Bern ab. Die Delegierten haben sich mit 54 zu 32 Stimmen und 11 Enthaltungen für die Vorlage ausgesprochen. Stadt und Land setzten unterschiedliche Prioritäten.

Das Prinzip ist einfach: Alle bestehenden Polizeicorps auf Gemeindeebene werden in die Kantonspolizei integriert. So will es der Grosse Rat, der an seiner Sitzung vom 28. September 2006 mit 105 zu 19 Stimmen bei 20 Enthaltungen für Police Bern gestimmt hat. Ab 2011 soll also nur noch eine Polizei im Kanton Bern Dienst tun. Davon verspricht man sich eine Effizienzsteigerung und Synergiegewinne. Diese könnten vor allem in den grösseren Städten wie Bern und Biel bei gleichbleibenden Kosten zu zusätzlichem Personal führen. Für Bern würde dies bis zu 22 neue Stellen und für Biel bis zu sechs neue Stellen bedeuten.

Leistung auf Bestellung

Neu treten die Gemeinden als Bestellerinnen gegenüber dem Kanton auf und bezahlen die von ihnen gewünschte Leistung, die durch die Kantonspolizei erbracht wird. Die Leistung wird mittels Verträgen vereinbart. Die operative Verantwortung liegt aber alleine bei Police Bern. Für die Stadt Bern ist die Einführung bereits ab 2008, für Biel ab 2009 vorgesehen. Die anderen rund 32 Gemeinden folgen in den Jahren 2010 und 2011. Gut 350 Gemeinden sind weiterhin nicht betroffen, da sie auch künftig über keine eigene Polizei verfügen müssen. Die Polizeifusion soll keine Mehrkosten bringen. Der Kanton rechnet aber mit einmaligen Umsetzungskosten von rund 55 Mio. Franken für das Projekt.



Wer beaufsichtigt Police Bern?

Bei der Schlussanstimmung im Grossen Rat haben rund die Hälfte der Grünen die Vorlage abgelehnt, an der Delegiertenversammlung stimmten etwas mehr als die Hälfte zu. Police Bern wurde von der einen Seite als bestmögliche Variante bezeichnet, die die heutigen Schnittstellen zwischen Kantons- und Gemeindepolizei überwinde. Die operative und die strategische Führung würden getrennt, so dass die Arbeit der Polizei erleichtert werde.

Dagegen gehalten wurde, dass es sich um komplizierte Vertragsregelungen zu einem diktierten Preis handle, was für die Gemeinden unvorteilhaft sei. Unbehagen bereitete auch die Tatsache, dass

künftig alleine der Kanton über die Polizeiarbeit bestimmen würde. Dies sei vor allem in der «Demo-Hauptstadt» heikel. Ausserdem wurde die Zerstörung von funktionierenden Strukturen befürchtet. Das von der Stadt Bern aufgeführte Kostenargument wurde inzwischen entschärft: Der Ressourcenvertrag wurde vom Regierungsrat so ausgestaltet, dass Bern die Synergiegewinne der Stadtkasse zuführen kann. Und die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden beim Kanton bringt auch ohne Stellenschaffungen der Stadt Bern eine um 30 Stellen höhere Polizeipräsenz.

Barbara Schwickert, Grossrätin, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern

Bienne et l'interculturalité

Nous pouvons vivre les événements partout dans le monde au moment où ils se déroulent. Nos voyages n'ont comme limites que nos capacités financières. En conséquence, le monde aussi vient à nous.

Les pronostiques présagent que le phénomène migratoire va s'amplifier. Il est toutefois difficile de prévoir comment il évoluera. Nous pouvons imaginer différentes hypothèses et nous y préparer; mais, la seule certitude est que des hommes, des femmes et des enfants quitteront chez eux pour un ailleurs qu'ils espèrent meilleur.

Ils ne savent souvent pas où est cet ailleurs. Ils partent, profitant des opportunités. Ils échouent ici ou là sans être préparés à leur nouveau milieu. Ils arrivent avec leurs traditions, leurs coutumes et leurs croyances qui parasitent celles du pays d'accueil. Si les migrants doivent s'intégrer, les résidents doivent s'adapter: une nouvelle culture naît.

Bienne est une ville interculturelle, ses organisations et ses habitants font des efforts, avec un certain succès, pour que le vivre ensemble, des différentes communautés, se fasse dans la sérénité.

Il existe un programme, conduit et mis en œuvre par des migrantes intégrées, qui accompagnent des migrantes nouvellement arrivées dans leurs rôles de mères et d'éducatrices. L'expérience du terrain démontre que cette bonne idée mériterait d'être développée pour couvrir d'autres aspects de la vie comme: les écoles et les formations professionnelles, pour les élèves et leurs parents mais aussi pour le corps enseignant; les responsabilités sociales de chacun et chacune, particulièrement les assurances maladies et accidents. On peut même imaginer de traiter

de la vie de tous les jours, de l'utilisation du confort moderne. Cette façon de transmettre les expériences par un partage de tous. Il serait souhaitable d'y associer aussi les Suisses et Suissesses: une bonne façon d'enrichir l'esprit biennois caractérisé par son sens du partage et du respect des différences.

Félicienne Villos-Lusamba

Grüne Oberaargau

Es grünt im Oberaargau

Der Oberaargau grenzt als nördlichster Teil des Kantons Bern an den Kanton Aargau. Nahe gelegene AKWs, das geplante Gaskraftwerk Utzenstorf, die zwei Mega-Strassenprojekte Wegfahrt Emmental und Wirtschaftsstrasse Oberaargau sind nur einige Beispiele kantonaler und nationaler Themen mit grosser finanzieller und ökologischer Tragweite in unserer Region, die uns fordern.

Am 3. Juli 2004 gründeten die drei Orts- und Amtsparteien aus Burgdorf, Langenthal und Münchenbuchsee im Design Zentrum Langenthal die Grünen Oberaargau mit dem Ziel, bei den Grossratswahlen 2006 mindestens einen zweiten Sitz zu erobern. Dieses Ziel haben wir erreicht – zwei der sechs Spitzenkandidierenden wurden gewählt: Johanna M. Wälti-Schlegel (bisher) und Christoph Grimm, beide Burgdorf.

GFL Burgdorf

Die Partei wird im November 1985 als Freie Liste erstmals aktenkundig. Sie entsteht durch Abspaltung aus der zu wenig ökologischen FDP. 1986 gibt es den ersten grossen Erfolg zu feiern: Verena Singeisen schafft den Sprung in den Grossen Rat.

In lebendiger Erinnerung bleiben die Wahlplakat-Mal-Aktionen – kunstvolle Unikate für einen unkonventionellen Wahlkampf. 1994 zieht Verena als Nachfolgerin von Ruedi Hafner in den Nationalrat ein. 1997 beschliesst die Mitgliederversammlung, den Namen auf Grüne Freie Liste GFL zu ändern. 1990 haben Wolfgang Klein, 1998 Susi Staub und 2006 Andrea Probst das Stadtratspräsidium inne. Von 2001 bis 2004 amtet Peter Gfeller als erster grüner Gemeinderat.

Burgdorf, die Fussgänger- und Velomodellstadt, bietet ein gutes Klima für grüne Anliegen. Positive Rückmeldungen motivieren ebenso wie erfolgreiche Einsprachen gegen überdimensionierte Bauprojekte und drei gelungene Referenden gegen die Einführung einer Kehrrecht-Grundgebühr (1993, 1998 und 2003).

Grüne Langenthal

Noch als GFL Langenthal gewinnen drei Kandidierende bei den Stadtratswahlen 2004 beinahe einen zweiten Sitz, obwohl der bisherige Stadtrat und langjährige Präsident Emanuel Tardent nicht mehr zur Verfügung steht. 2005 wird der Name in Grüne Langenthal geändert. Wichtigstes Ziel für die näch-

sten Monate ist die Vergrösserung des Vorstandes, denn Herbert Liechti (Präsident, Kassier) und Luzia Bossard (Stadträtin in Fraktionsgemeinschaft mit SP) leisten fast die ganze politische Arbeit – eine riesige Herausforderung! Und die nächsten Stadtratswahlen stehen schon bald wieder an...

GFL Münchenbuchsee

Sie profiliert sich immer wieder medienwirksam durch ihr Engagement z.B. für ein massvolleres Golfplatz-Projekt. Heute werden die grünen Anliegen und Ideen mit dem Sitz in der Exekutive (Soziales) und den vier Mitgliedern des Grossen Gemeinderates eingebracht.

Ziele der Grünen Oberaargau

- Der Oberaargau wird grüner, nicht brauner.
- Zusammenarbeit mit unabhängigen Gruppierungen wie Akzänt Roggwil und Forum Frauenbrunnen suchen.
- Die Ortspartei Herzogenbuchsee gründen.
- Mit unserem Grünen Zelt (Foto) markieren.
- Einen Nationalratssitz 2007.
- Drei Sitze bei den Grossratswahlen 2010.

Johanna Wälti-Schlegel, Grossrätin



Facts and figures

Grüne Oberaargau (77 Mitglieder)

Präsidentin: Monika Merkli, Melchnau
Kontaktperson/Sekretariat:

Johanna M. Wälti-Schlegel, Burgdorf
(waejo@bluemail.ch)

Kassier: Walter Rast, Grafenried

Vorstandsmitglieder: Andrea Probst, Mirjam Mumenthaler-Bill, Reto Wynistorf, Herbert Liechti

GrossrätInnen: Johanna M. Wälti-Schlegel (seit 2001), Christoph Grimm (seit 2006)

Postkonto: PC 30-235166-2

(Spenden sind jederzeit herzlich willkommen!)

GFL Burgdorf (29)

<http://www.gfl-burgdorf.ch>

Präsidentin: Mirjam Mumenthaler-Bill
Vizepräsidentin/Sekretariat: Dagmar Bucher Informationsbeauftragte:

Regina Mumenthaler-Biefer

Kassierin: Annemarie Stauffer-Bitterli

Vorstandsmitglieder: Susanne Albrecht, Andrea Probst, Heinz Sägesser

StadträtInnen: Susanne Albrecht, Christoph Grimm, Regina Mumenthaler-Biefer, Mirjam Mumenthaler-Bill, Andrea Probst

GFL Münchenbuchsee (12)

Präsident: Reto Wynistorf
Co-Präsidentin, Sekretärin und Kontaktperson: Theres Gerber Weber
Gemeinderätin: Charlotte Bühlmann
Grosser Gemeinderat: Michel Gygax, Philippe Bonadei, Fredi Löhner, Thomas Scheurer

Grüne Langenthal (16)

Präsident: Herbert Liechti
BeisitzerInnen: Annette Geissbühler, Luzia Bossard
Stadträtin: Luzia Bossard



Daten: Amt für Geoinformation des Kantons Bern

Gründungsversammlung im Tram

Aufbruch der jungen grünen bern

Die jungen grünen bern sind da. Sie warten mit ihrer Gründungsversammlung am 3. März 2007 und einer jungen Nationalratsliste auf.

Lors d'une première rencontre, le 14 décembre dernier, nous avons simultanément décidé de créer un nouvel appendice de notre parti et de lancer une liste «jeune» aux élections du Conseil National. Projets ambitieux s'inscrivant dans une même dynamique. Nous voulons également profiter de la montée en flèche de la cote de popularité des «écologistes» aux niveaux cantonal et national. «Nous»? Une quinzaine de jeunes verts de tout le canton. Autour d'Aline Trede, co-fondatrice des jeunes verts suisses puis zurichoises, un véritable élan nous pousse à instituer de manière durable et solide ce que l'on peut considérer comme une nouvelle sous-section indépendante dans sa façon de penser et d'aborder les thèmes politiques, dans l'esprit des Verts.

Ein kantonaler Zusammenschluss

Es hat sich eine Kerngruppe gebildet, die die Organisation der jungen grünen Bewegung Bern in die Hand nimmt. Mit Sulamith Reimann, Langnau; Kaspar Schildknecht, Interlaken; Jonas Ryser, Biel; Pablo Donzé, Bienne; Mathe Florin, Bern; Stefan Streit, Bern und Aline Trede, Bern sind aus verschiedenen Teilen des Kantons Junge vertreten. Mit Urs Scheuss haben wir eine Vertretung der Grünen Kanton Bern in unseren Reihen, er stellt den Kontakt zwischen der Mutterpartei und den jungen grünen sicher. Nous estimons que les Verts ne peuvent que profiter de cette initiative.

Notre enthousiasme est lié à un projet déjà discuté dans les différentes sections cantonales: lancer une liste «jeune» aux élections fédérales de 2007. Celle-ci sera menée par les jeunes verts et complétée par le mouvement indépendant bernois Junge Alternative JA! Outre l'expérience humaine qu'une telle démarche implique, nous récolterons des voix écologiques qui profiteront à l'ensemble du parti. Auf dem Foto sind VertreterInnen der jungen grünen bern (stehend) und der JA! (sitzend) beim ersten Treffen zu sehen.

Die Gründungsversammlung der jungen grünen bern findet am 3. März 2007 voraussichtlich im Berner Restauranttram statt, das während einer Stunde durch die Stadt Bern kurven und an verschiedensten Stellen Halt machen wird. Ihr seid alle herzlich eingeladen.

Unter www.junge-gruene.be oder www.jeunes-verts.be entsteht unsere neue Homepage.

Macht mit! Melde dich bei kaspar.schildknecht@junge-gruene.be oder aline.trede@junge-gruene.be. Pablo Donzé, jeunes verts berne



LokalSpots



■ Vielen Dank!

Viele, viele Jahre hat Esther Hulliger mit kalkulatorischer Präzision, eiserner Hand und viel Elan als Kassierin gewaltet. Nun tritt sie das Amt an Nico Lutz ab – vielen herzlichen Dank!

■ Gratulation!

Anfangs Dezember ist der Grüne Michel Seiler in Trubschachen zum Gemeindepräsidenten gewählt worden. Es ist das erste politische Amt, das der Leiter des Berghof Stärenegg, einem anthroposophisch geführten Heim für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, inne hat. Allerdings überrascht sein Durchbruch nicht, hat er doch bereits bei den vergangenen Grossratswahlen ein beachtliches Resultat erreicht.

Herzliche Gratulation auch an Barbara Ringgenberg. Als Mitglied der Freien Lindacher (und Grüner Sympathisantin) gelang ihr die Wahl in den Kirchlindacher Gemeinderat. Wir wünschen beiden neuen Exekutivmitgliedern einen guten Start in ihre Aufgabe!

■ Köniz fördert erneuerbare Energien

Die Produktion von erneuerbarer Energie soll in Köniz wesentlich gesteigert werden. Das fordert eine Motion von Hansueli Pestalozzi, Grünes Bündnis Köniz, die vom Könizer Parlament deutlich angenommen

worden ist. Der Gemeinderat muss jetzt Biogas- oder Photovoltaikanlagen fördern und Reglemente so anpassen, dass die Energieeffizienz verbessert wird.

■ Gemeindewahlen Stadt Thun

Die GFL Stadt Thun dankt allen WählerInnen für die grosse Unterstützung und das Vertrauen bei den Gemeindewahlen vom November 2006. Zu den wieder gewählten Stadträtinnen Renate Begré, Thomas Hiltbold und Matthias McHale können 2007 zwei weitere Mitglieder im Stadtrat Einsitz nehmen: Andrea De Meuron Porfido und Martin Frei-Erb. Damit erreichen die Grünen erstmals Fraktionsstärke und haben so Anrecht auf diverse Kommissionssitze, die sie mit kompetenten Köpfen besetzen können. Fraktionspräsident Thomas Hiltbold hat als Gemeinderatskandidat ein sehr gutes Resultat erzielt, den Einzug in die Stadtregierung leider um knappe 17 Stimmen verpasst.

■ Abstimmung Schadausaal

Am 11. März steht in Thun eine entscheidende Abstimmung bevor: Der Schadausaal soll erweitert, erneuert und zu einem zeitgerechten Kongresszentrum ausgebaut werden. Die GFL sagt grundsätzlich JA, bedauert aber die schlechte Kommunikation der Projektverantwortlichen mit den Kultur-anbietern der Stadt. Grossen Wert legt sie darauf, dass die Frage der Akustik im grossen Saal sowohl für Theater als auch für Musik geprüft und verbessert wird.

Zur Finanzpolitik der GFL Stadt Bern

Keine Schulden für künftige Generationen

Die Stadtberner Finanzen sind in Not: Nach einigen Jahren der Erholung drohen wieder Defizite. Werden künftige Generationen für die Stadtberner Schulden der Jahrtausendwende aufkommen müssen?

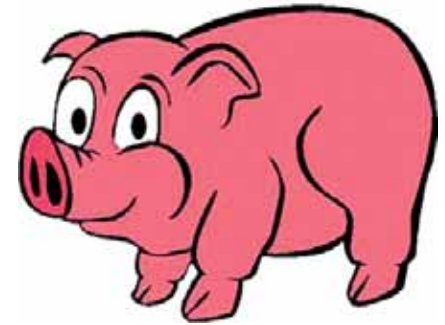
Dies haben wir in der GFL Stadt Bern an unserer Mitgliederversammlung vom Dezember diskutiert: GFL-Mitglied Kurt Grüter, Chef der Eidgenössischen Finanzkontrolle, hat in seinem Referat die Verschuldung der Gemeinwesen im internationalen Vergleich und die Situation beim Bund vorgestellt. Dem Argument, ein Gemeinwesen dürfe sich überhaupt nicht verschulden, hat Grüter eine klare Absage erteilt: Ausgaben seien oft Investitionen in die Zukunft und dürften bis zu einem gewissen Grad durchaus in Form von Schulden künftigen Generationen überbunden werden. Auch wir profitieren heute von Vorleistungen aus früheren Zeiten.

Schwierig wird es jedoch, wenn die Schuldzinsen derart ansteigen, dass der finanzielle Handlungsspielraum nahezu Null ist. Bern ist in dieser Hinsicht traurige Spitzenreiterin unter den grösseren Schweizer Städten. Die GFL hat deshalb im Stadtrat (zusammen mit der EVP) einen Vorstoss eingereicht, der für 2008 ein ausgeglichenes Budget verlangt. Dies ist angesichts der sehr guten Konjunkturlage ein Muss: Wann, wenn nicht jetzt, soll die Stadt Schulden abbauen können?

An der GFL-Mitgliederversammlung wurden Sparvorschläge andiskutiert: Neben dem Abbau von Doppelpurigkeiten in der Verwaltung (an sich eine Führungsaufgabe des Gemeinderates!) wurden der Verkauf von Teilen von Energie Wasser Bern (ewb) sowie die Anpassung des Pensionsalters für die städtischen Angestellten (heute bei 63) an jene der übrigen Erwerbstätigen genannt. Bezüglich eines ewb-Verkaufs ist unsere Meinung differenziert: Wir wollen keinen vollständigen

Verkauf, da die Stadt so die Möglichkeit verlöre, energiepolitisch Einfluss zu nehmen. Einen Verkauf einzelner ewb-Teile als Sanierungsmassnahme für die Stadtfinanzen schliessen aber zumindest einige von uns nicht aus.

Michael Burri, Vorstand GFL Stadt Bern



Integrationsartikel Volksschulgesetz

Integrative Schulen sind möglich – aber wie?

Ab 2009 wird im Kanton Bern der Integrationsartikel des Volksschulgesetzes umgesetzt. Dieser sieht vor, dass Kinder, die heute in Kleinklassen unterrichtet werden, im Normalfall in die Regelklassen integriert werden. Die Stadt Bern wird nach den Vorgaben des Kantons in Zukunft ein Globalbudget erhalten, das sie nach ihrem Ermessen für integrative Schulen oder für Kleinklassen einsetzen kann.

Diese bedeutende Veränderung in der Schule gibt unter Eltern und Lehrkräften viel zu diskutieren. Dies war für das Grüne Bündnis und die Gewerkschaft VPOD Anlass, an einer Abendveranstaltung sowie an einer Tagung in Bern Modelle von integrativen Schulen vorzustellen und zu diskutieren. Die sehr gut besuchten Veranstaltungen zeigten, dass Integration funktioniert, wenn die Rahmenbedingungen stim-

men. Es braucht u.a. kleinere Klassen, integrierte Heilpädagogik im Unterricht, genügend Förder- und Spezialunterricht und die Zusammenarbeit aller Lehrkräfte. Kinder mit Migrationshintergrund sollten ihre Muttersprache in der Schule und nicht nur ausserhalb erlernen können. Auch klassenübergreifender Sprachförderunterricht wirkt sich positiv aus. Zudem benötigen Kinder mit besonderem Förderbedarf individualisierte Lernziele und Leistungsbeurteilungen. Mit der integrierten Heilpädagogik wird zudem ermöglicht, dass auch behinderte Kinder die Regelklasse besuchen können.

In der Stadt Bern leisten Schulen und Lehrkräfte im Bereich Integration Pionierarbeit und zeigen uns, dass Integration Schritt für Schritt umgesetzt werden kann. So werden zum Beispiel in der Lorraine seit diesem Schuljahr Kinder aus der Kleinklasse mit der fachlichen Begleitung der HeilpädagogIn in der Regelklasse unterrichtet. Schon länger wird im Stöckacker Erfahrung mit der Integration eines körperlich behinderten Kindes gesammelt und im Stapfenacker erproben die Lehrkräfte seit geraumer Zeit durchlässigere Modelle zwischen Klein- und Regelklassen. Alle diese Beispiele sind ermutigend.

Corinne Schärer, Grossrätin Grüne

Mehr Infos unter: www.integrativeschule.ch



Chance packen



Wir brauchen Schulen, die allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Chancen geben. Heute sind wir weit von diesem Ziel entfernt. Kinder aus «bildungsfernen» Schichten,

fremdsprachige und behinderte Kinder werden oft diskriminiert, ausgegrenzt, ungenügend gefördert und sogar stigmatisiert. Auch bei Kindern mit körperlichen und geistigen Behinderungen hat sich die Integration nicht verbessert.

Schulversuche, bestehende Integrationsmodelle und die PISA-Studie zeigen klar, dass in integrativen Schulen mit heilpädagogischem Unterricht innerhalb der Regelklasse mehr Kinder gefördert werden. So verpassen weniger Kinder den Anschluss nach der Schule. Es gilt, die Chance zu packen und mit der Umsetzung des Integrationsartikels in der Stadt Bern hier einen grossen Schritt voranzukommen.

Corinne Schärer, Grossrätin Grüne

Arbeitsgruppe Energie

Energischer Start

Die Arbeitsgruppe Energie ist aktiv: Sie erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit den GrössrätInnen Grundlagen zu einer besseren gesetzlichen Verankerung einer ökologischen Klimapolitik und befasst sich mit KWOpus und dem Gaskraftwerk Utzenstorf.

Hauptantrieb der AG Energie war, dass die grüne Föderation zu einer stärkeren ökologischen Energie- und Klimapolitik genutzt werden muss. Die AG arbeitete zuerst an einem Projekt zu einer Energie-Initiative, welche die Energieeffizienz bei Gebäuden massiv verbessern soll, den CO₂-Ausstoss um bis zu 4 Millionen Tonnen pro Jahr verringern und einen Beitrag zu einer ökologischen Klimapolitik leisten würde. Ein noch rascherer Weg zur Umsetzung der Forderungen eröffnet sich über die Revision des kantonalen Energiegesetzes. Mit einem von der AG angeregten parteiübergreifenden und überwiesenen Energie-Vorstoss von Rita Haudenschild floss das Anliegen in die laufende Gesetzesrevision ein. Die nahe Zukunft wird weisen, ob das Parlament die dringend nötigen Massnahmen auch beschliesst, damit sie von der rot-grünen Regierung zügig umgesetzt werden können.

Im Kampf gegen die AKW-Lobby

Die AG Energie beschäftigt sich auch mit

den Projekten KWOpus (Staumauererhöhung Grimsensee) und dem geplanten Gaskraftwerk in Utzenstorf. Zu Letzterem wurde eine Stellungnahme der Grünen erarbeitet. Diese sieht anstelle eines Grossprojektes die Förderung dezentraler Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen vor (Gas und Holz). In Zukunft werden sich die Grünen insbesondere im wieder aufflammenden Kampf gegen die AKW-Lobby einsetzen müssen. Der Ersatz oder gar

Ausbau des bestehenden Atomstromangebots in der Schweiz und im Kanton Bern kommt nicht in Frage. Dringend ist eine Offensive zur konsequenten Förderung aller erneuerbaren Energiequellen. Zu guter Letzt: Wir brauchen noch Verstärkung in der Arbeitsgruppe. InteressentInnen melden sich bei Peter Stutz, Tel 033 223 33 30.

Michael Jordi, Vorstand



Aktiv

■ Gut gestartet

Tagesschul-Initiative

Ende September wurde die Initiative für mehr Tagesschulen eingereicht. Sie zeigt bereits vor der Abstimmung Wirkung. Der grüne Erziehungsdirektor, Bernhard Pulver, ist selber prominentes Mitglied des Initiativkomitees und will in der laufenden Revision des Volksschulgesetzes die Tagesschulen verankern. Dies würde bedeuten, dass die Gemeinden schon in zwei bis drei Jahren mit Kantongeldern rechnen könnten. Die Würfel werden im kommenden Herbst fallen, wenn die Initiative sowie das Volksschulgesetz im Grossen Rat beraten werden.

■ Sommerveranstaltung

2. Grüner Klimagipfel

Ende August veranstalten die Grünen Kanton Bern einen Klimagipfel. An der Abendveranstaltung mit freiem Eintritt werden in einem ersten Teil der aktuelle Stand der Wissenschaft zur Klimaerwärmung und ihren Auswirkungen gezeigt. Die Beispiele

im zweiten Teil der Veranstaltung zeigen aktuelle Möglichkeiten des Wohnens und der Mobilität, welche schon heute den Anforderungen der 2000 Watt Gesellschaft genügen. Während des anschliessenden Podiums werden VertreterInnen der fünf Berner Parteien und Fachleute Fragen aus dem Publikum diskutieren und die verschiedenen Ansätze aus der Politik beleuchten. Mehr Informationen: ab ca. Anfang Mai unter www.gruenebern.ch und in der nächsten Ausgabe des bewegt (Erscheinungsdatum 23. Mai).

■ Erfolgreich

Energie Motion

Die von den Grünen initiierte überparteiliche Energie Motion wurde am 23. November in Form eines Postulates an den Regierungsrat überwiesen. Die meisten Anträge sind in die laufende Revision des kantonalen Energiegesetzes eingeflossen. Neu wurde von den Grünen in der Januarsession zudem eine Motion zur Förderung von Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen eingereicht. Mit diesen Anlagen kann überall mit vollständiger Abwärmenutzung dezentral Strom produziert werden.

Termine

- 01.03.07: «5 statt 7 - ist weniger mehr?» Öffentlicher Themenabend der Grünen Köniz GB/GFL, 20.00 Uhr im Sternen Köniz
- 04.03.07: Die Grünen Biel zeigen Gore-Films «An inconvenient truth». 11 Uhr im Bieler Filmpodium
- 08.03.07: MV Grüne Emmental. 20.00 Uhr Restaurant Kreuz Konolfingen
- 16.03.07: HV GFL Burgdorf. 20.00 Uhr Bahnhoftreff Steinhof
- 24.03.07: Ausserordentliche DV: Workshop Grüne Wahlplattform und Kampagne, ab 09.00 Uhr Muristalden Bern
- 05.04.07: Gründonnerstag-Sympathieaktion der Grünen Münsingen
- 24.04.07: MV Grüne Biel: 19.00 Uhr im Restaurant Romand

Impressum



Zeitung der Grünen Kanton Bern
 Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler
 Original Bild S. 3: Thomas Jauch, Stadtpolizei Bern
 Bilder: S. 1, 2, 8: Fred Bodmer und Ueli Johner
 Grafik: www.muellerluetolf.ch, www.transform.ch
 Layout/Druck: Schlaefli & Maurer AG
 Auflage: 8200 Ex.

Delegiertenversammlung

Ja für eine soziale Einheitskrankenkasse



An der DV vom 23. Januar in Bern haben sich über hundert kantonale Delegierte mit 73 zu 24 bei einigen Enthaltungen deutlich für die Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse ausgesprochen. Ja sagen die Delegierten auch zu Police Bern und verabschiedeten Resolutionen zur Energie-, zur Steuerpolitik und zur IV-Revision.

Die Diskussion zur Initiative für eine soziale Einheitskasse war engagiert und differenziert. Die BefürworterInnen zeigten auf, dass mit der Initiative einige zentrale Missstände im Gesundheitswesen behoben werden können: die Jagd nach den sogenannten «guten Risiken» und die ungerechte Finanzierung. Zudem werden Verwaltungs- und

Werbekosten gespart. Die GegnerInnen befürchteten dagegen Kostensteigerungen. Schlussendlich setzten sich die Argumente der BefürworterInnen im Verhältnis 3 zu 1 klar durch. Bereits gemacht waren die Meinungen der Delegierten zu Police Bern: Sie beschlossen mit 54 Ja- zu 32 Nein-Stimmen (bei 11 Enthaltungen) die Ja-Parole.

Die Grünen Kanton Bern unterstützen zudem einstimmig die von den Jungen Grünen Schweiz lancierte Initiative gegen Offroaders.

Resolutionen zu Energie-, Steuerpolitik und IV-Revision

Mit der Energieresolution fordern die Delegierten eine Offensive für erneuerbare Energien und setzen damit einen Kontrapunkt zur Stromlückendiskussion, wie sie von der AKW-Lobby propagiert wird. Anstatt weitere Millionen in eine nicht zu Ende gedachte gefährliche Atom-Technologie zu investieren, ist dringend eine Offensive für mehr Energieeffizienz und zur konsequenten Förderung aller erneuerbaren Energiequellen zu starten.

In einer zweiten Resolution fordern die Delegierten eine kantonale Finanz- und Steuerpolitik mit Augenmass und den Verzicht auf Steuer geschenke für Reiche. Mit grossem Mehr lehnen die Grünen ausserdem die 5. IV-Revision ab. Sie beauftragen den kantonalen Vorstand, eine Kampagne gegen die voraussichtlich im Juni 2007 zur Abstimmung gelangende Vorlage vorzubereiten.

Monika Hächler, Geschäftsleiterin

Wilder Abstimmungskampf



Die DV der Grünen Kanton Bern stimmt der Einheitskassen-Initiative mit grossem Mehr zu. Merci für diese wichtige Unterstützung auf dem

steinigen Abstimmungspfad. Denn Krankenkassen, Dachverband Santé-suisse und Bundesrat Couchepin mobilisieren enorme Mittel gegen die sozialen Einheitskrankenkasse. Beim Geld wie bei den Argumenten griffen sie bisher aber in die falsche Kiste. Couchepins Versprechen eines Prämienanstiegs für die nächsten zwei Jahre von nur 2% ist nichts anderes als Abstimmungspropaganda. Santé-suisse hat über comparis manipulierte, unkorrekte Prämienbeispiele für die Grundversicherung aufschalten lassen. Ab sofort findet ihr deshalb bei comparis unsere konformen Prämienmodelle mit Wegfall von Kinder- und Jugendprämien und Prämien erleichterung für Zweidrittel aller Versicherten. – JA am 11. März zu Solidarität, Transparenz und Effizienz!

Therese Frösch,
Präsidentin Initiativkomitee

GRÜNE bewegt

AZB, 3011 Bern 1
Grüne Kanton Bern
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Adressänderungen
bitte nicht melden

- Schickt mir Infos zu den Grünen Kanton Bern
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich möchte mich in einer Arbeitsgruppe engagieren
- Sendet mir die Wahlplattform
- E-mail _____
- Unterschrift _____



Grüne Abstimmungsparolen

■ Schweiz

Um die Grundversicherung für alle sozialer, sicherer und transparenter zu machen, soll es nur noch eine Krankenkasse für die Grundversicherung geben. Mit der Einheitskasse wird endlich die Jagd nach guten Risiken und die ungerechte Finanzierung beendet. Kinder müssen keine Prämien bezahlen und die Familienbudgets werden endlich spürbar entlastet. Darum sagen die Grünen Kanton Bern JA zur sozialen Einheitskasse.

■ Kanton Bern

Die Grünen Kanton Bern sagen JA zu Police Bern: Ab 2011 soll also nur noch eine Polizei im Kanton Bern Dienst tun.

■ Stadt Bern

In der Stadt Bern empfehlen das gb und die GFL für die Vorlage Zonenplan

Grosse Allmend die JA-Parole. Mit dem Zonenplan wird gewährleistet, dass die Grosse Allmend als Spiel-, Sport- und Naherholungsraum erhalten bleibt. Auch gegen die zweckmässige Umgestaltung des Zirkusplatzes ist nichts einzuwenden, zumal sie im finanziellen Rahmen liegt.

Ebenfalls JA sagen das gb und die GFL zum Verkauf des Oberfeld in Ostermundigen. Auf einem Teil des Areal soll eine autofreie Siedlung entstehen.

Für die Ersatzwahl in den Gemeinderat empfiehlt die GFL Stadt Bern Stephan Hügli.

■ Stadt Thun

Die GFL Thun sagt JA zur Erweiterung und Erneuerung des Schadau-Saales.